

9. Mai 2024

#10 / 2024

# iwd

ISSN 0344-919X

Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft

G 4120



**Themenheft Europawahl.** Vom 6. bis 9. Juni sind rund 350 Millionen wahlberechtigte EU-Bürger aufgerufen, über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments zu bestimmen. Aus diesem Anlass greift der iwd zentrale Themen auf, die die europäische Politik in nächster Zeit beschäftigen werden. So etwa die Frage, wie die Absicht, die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken, mit dem bisherigen Fokus auf den Green Deal zusammenzubringen ist. Aber auch die Herausforderungen in der Außen- und Verteidigungspolitik bleiben groß. Welche Aufgaben hier konkret auf der Agenda stehen, erläutert André Denk, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Europäischen Verteidigungsagentur, im Interview. Geopolitische Aspekte spielen ebenso eine wesentliche Rolle, wenn es darum geht zu entscheiden, ob und wann die EU neue Mitglieder wie beispielsweise die Ukraine aufnehmen soll.

# Neue Prioritäten



**Wettbewerbsfähigkeit.** Die Europäische Union will mit einer neuen Initiative die Staatengemeinschaft wettbewerbsfähiger machen. Gängigen Indikatoren zufolge ist die Standortqualität der großen europäischen Volkswirtschaften tatsächlich verbesserungswürdig. Fasst man den Begriff des Standortwettbewerbs allerdings breiter, hat die EU im Vergleich zu den USA oder China viel Potenzial.

Vom 6. bis 9. Juni findet die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Prognosen zufolge dürften konservative und rechte Parteien Zugewinne erzielen, was sich auf den politischen Kurs der EU auswirken könnte.

Doch bereits jetzt deutet vieles darauf hin, dass die EU künftig neue Prioritäten setzen wird. So hat der Europäische Rat im April beschlossen, dass Europa einen europäischen „Deal“ zur Wettbewerbsfähigkeit brauche. Ziel müsse sein, die wirtschaftliche, industrielle und technologische Basis Europas zu stärken. Zu diesem Zweck gilt es den Staats- und

Regierungschefs der EU zufolge unter anderem, den europäischen Binnenmarkt weiter zu vertiefen und die Kapitalmarktintegration innerhalb der EU voranzutreiben.

Angesichts dieser auf höchster Ebene beschlossenen Vorhaben wäre es gut zu wissen, wo die EU im globalen Wettbewerb derzeit steht. Ein Problem ist jedoch, dass trotz aller europäischen Integration internationale Vergleiche in der Regel auf der Basis nationaler Daten erfolgen. Zudem gibt es keine allgemeingültigen Kriterien, anhand derer sich Wettbewerbsfähigkeit messen ließe.

Dies gilt auch für das bereits seit 1989 erscheinende weltweite Wettbewerbsfähigkeits-Ranking des International Institute for Management Development (IMD), das seine Methodik im Laufe der Jahre immer wieder angepasst hat. Schwerpunktmäßig erfasst das IMD-Ranking die Standortbedingungen eines Landes für die dort tätigen Unternehmen.

Beim Blick auf das aktuelle Ranking fällt auf, dass zwar einige EU-Länder Spitzenplätze belegen, die großen europäischen Volkswirtschaften aber eher mittelmäßig abschneiden (Grafik Seite 3):

**Deutschland erreicht auf der 2023er Rangliste der Wettbewerbsfähigkeit lediglich Position 22 von 64 Ländern – im Vergleich zum vorangegangenen Jahr ging es um sieben Plätze nach unten.**

Der Nachbar Frankreich muss sich mit Rang 33 begnügen, Spanien und Italien liegen noch weiter hinten.

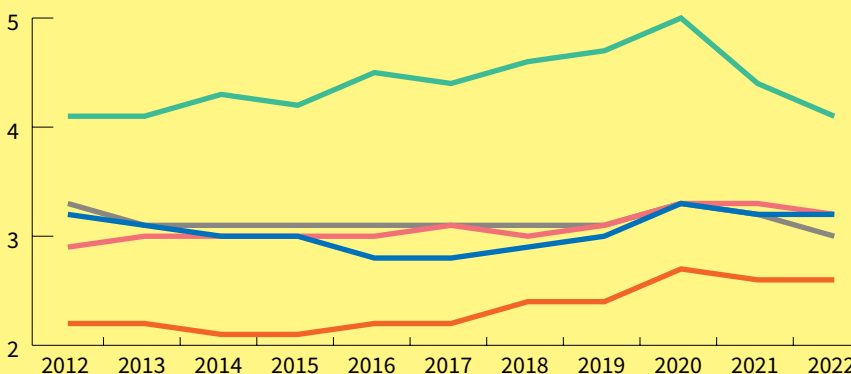
Deutschland kommt vor allem in den Unterkategorien „staatliche Effizienz“ und „unternehmerische Effizienz“ nicht gut weg. Das liegt unter anderem an der wenig unternehmerfreundlichen Steuer- und Abgabepolitik.

Unterm Strich schneiden Deutschland und die anderen großen europäischen Volkswirtschaften schlechter ab als die USA (Gesamt-

## Der deutsche Staat investiert wenig

Öffentliche Investitionen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

— Deutschland — Belgien/Niederlande/Luxemburg — Österreich/Schweiz  
— Dänemark/Norwegen/Schweden — EU-Durchschnitt



Quelle: EU-Kommission  
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

rang 9) und China (Rang 21). Als grundsätzliches Vorbild taugen diese Länder allerdings nicht – schon aufgrund der teils mäßigen Ergebnisse in einzelnen Unterkategorien.

Ohnehin gilt es, den Begriff des Standortwettbewerbs angesichts der aktuellen globalen Herausforderungen – die in vielen Ländern alternde Bevölkerung, die Transformation zur Klimaneutralität und die geopolitischen Spannungen – neu zu betrachten. Entscheidend ist mehr denn je, ob ein Land resilient ist, ob also Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam in der Lage sind, durch Flexibilität und Prävention aktuelle und künftige Krisen zu bewältigen.

In dieser Hinsicht steht die EU gegenüber den USA und China keineswegs auf verlorenem Posten. Zwar ist die EU in Sachen Verteidigungsfähigkeit nur begrenzt autonom – nicht zuletzt, weil es trotz der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik beispielsweise keine gemeinschaftliche Beschaffung von Rüstungsgütern gibt. Auch die technologische Souveränität ist aufgrund starker Importabhängigkeiten eingeschränkt.

**Auf der Habenseite stehen jedoch die stabilen politischen Institutionen. Und statt wie die USA und China vorrangig auf Subventionen zu setzen, hat die EU auf dem Weg zur Klimaneutralität mit dem Zertifikatehandel zumindest einen tragfähigen marktwirtschaftlichen Rahmen geschaffen.**

Ergänzend muss die Wirtschaftspolitik in Europa aber auch die Grundlage für künftiges Wachstum und Innovationen sichern. Dazu sind öffentliche Investitionen unabdingbar – etwa in die Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsinfrastruktur. Hier hat gerade Deutschland großen Nachholbedarf (Grafik Seite 2):

**In den zurückliegenden Jahren beliefen sich die staatlichen**

### Wettbewerbsfähigkeit: Wo Deutschland steht

Rangplätze im World Competitiveness Ranking 2023, das die Wettbewerbsfähigkeit von 64 Ländern anhand von insgesamt 336 Indikatoren vergleicht

Veränderung gegenüber 2022 in Plätzen

● unverändert ▲ verbessert ▼ verschlechtert

Insgesamt	Unterkategorien			
	Wirtschaftsleistung	Staatliche Effizienz	Unternehmerische Effizienz	Infrastruktur
1 ● 0 Dänemark	15	5	1	2
2 ▲ 9 Irland	1	3	3	19
3 ▼ 1 Schweiz	18	1	7	1
4 ▼ 1 Singapur	3	7	8	9
5 ▲ 1 Niederlande	11	12	2	5
6 ▲ 1 Taiwan	20	6	4	12
7 ▼ 2 Hongkong	36	2	11	13
8 ▼ 4 Schweden	28	14	6	4
9 ▲ 1 USA	2	25	14	6
10 ▲ 2 Vereinigte Arabische Emirate	4	8	16	26
...				
21 ▼ 4 China	8	35	21	21
22 ▼ 7 <b>Deutschland</b>	<b>12</b>	<b>27</b>	<b>29</b>	<b>14</b>
...				
33 ▼ 5 Frankreich	24	47	39	17
...				
36 ● 0 Spanien	32	51	37	27
...				
41 ● 0 Italien	44	56	38	30

Indikatoren Wirtschaftsleistung: u. a. Niveau und Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, Investitionen, Außenhandel, Direktinvestitionen, Beschäftigungsentwicklung, Preistrends; Indikatoren staatliche Effizienz: u. a. (Neu-)Verschuldung, Steuereinnahmen, Wechselkursstabilität, Bürokratie, Subventionen, Einkommensverteilung;

Indikatoren unternehmerische Effizienz: u. a. Produktivitätsniveau und -wachstum, Arbeitskosten, Erwerbsbeteiligung, Zugang zu Risikokapital, Verbreitung der Datenwirtschaft;

Indikatoren Infrastruktur: u. a. Verkehrs- und Energienetze, Breitbandnetze, Forschungs- und Entwicklungsausgaben, Gesundheitssystem, Bildungsausgaben

Quelle: IMD – International Institute for Management Development © 2024 IW Medien / iwd



**Investitionen in Deutschland teils nur auf gut 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – der EU-Schnitt lag seit 2012 meist bei 3 Prozent oder darüber.**

Das dürfte mit ein Grund dafür sein, dass der Wachstumsspielraum der deutschen Wirtschaft derzeit eher gering ist – laut EU-Kommission beträgt das Wachstumspotenzial in Deutschland bis 2028 lediglich 0,8 Prozent im Jahresdurchschnitt.

Für die EU insgesamt sind derzeit knapp 1,5 Prozent jährlich drin, während die USA immerhin auf rund 2 Prozent kommen. Der neue Fokus der EU auf das Thema Wettbewerbsfähigkeit ist vor diesem Hintergrund richtig und überfällig.

**IW-Kurzbericht 81/2023**

Melinda Fremerey, Julian Sommer: Standortwettbewerb im Wandel [iwkoein.de/standortwettbewerb](http://iwkoein.de/standortwettbewerb)

# Weit weg vom Klimaziel



**Green Deal.** Die Europäische Union will bis 2050 klimaneutral sein. Aktuelle Daten zeigen aber: Es geht zu langsam voran. Ob es der EU gelingt, das Tempo anzuziehen, hängt maßgeblich vom Ergebnis der anstehenden Europawahl ab.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen stellte ihn im Jahr 2019 mit den Worten „Europas Mann-auf-dem-Mond-Moment“ vor – den Green Deal. Mit ihm soll die Europäische Union bis 2050 klimaneutral werden. Als Zwischenziel will die Staatengemeinschaft ihre Emissionen bis 2030 im Vergleich zu 1990 um 55 Prozent reduzieren. Noch ist sie davon weit entfernt (Grafik):

**In der EU lagen die Treibhausgasemissionen im Jahr 2022 rund 27 Prozent unter denen von 1990.**

An der Spitze der Emittenten steht Deutschland: Im Jahr 2022 stieß die Bundesrepublik rund 780.000 Kilotonnen Treibhausgase aus. Mit großem Abstand folgen Frankreich (426.000 Kilotonnen) und Polen (397.000 Kilotonnen).

In puncto Emissionsreduktion schneidet Deutschland EU-weit aber gut ab: Seit 1990 sind die Emissionen hierzulande fast kontinuierlich gesunken – um insgesamt 36 Prozent. Damit ist Deutschland – verglichen mit Frankreich und Polen – dem EU-Ziel einer 55-prozentigen Reduktion am nächsten.

Ein Grund zum Ausruhen ist das allerdings nicht. Denn Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, bereits 2045 klimaneutral zu sein. Dafür müsste die Bundesrepublik ab jetzt jährlich fast 3 Prozent des Emissionswerts von 1990 sparen – bisher kommt sie lediglich auf knapp 1 Prozent pro Jahr.

Auch die EU muss das Tempo ordentlich anziehen, wenn sie ihr Zwischenziel erreichen will: Sie müsste innerhalb von nur acht Jahren dieselbe Menge an Treibhausgasen einsparen wie im Zeitraum von 1990 bis 2022.

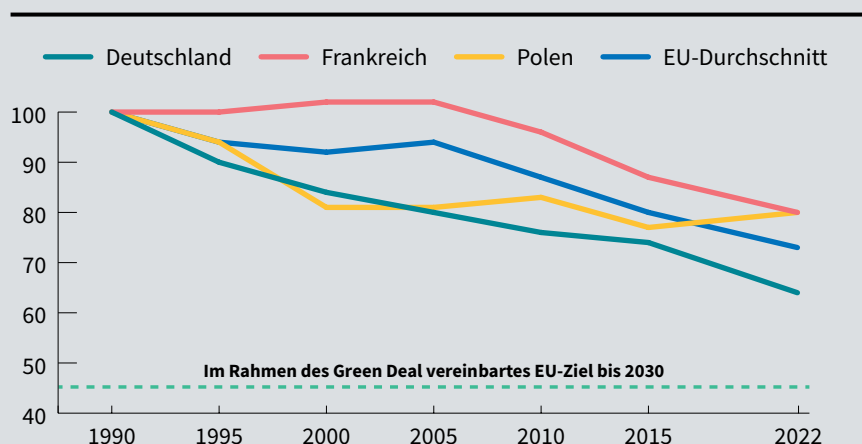
Um das noch zu schaffen, müssen viele Hebel in Bewegung gesetzt werden – vom Ausbau des Handels mit Verschmutzungszertifikaten über schnellere Genehmigungsverfahren für Stromspeicher, Leitungen und Schienenwege bis zu einem Ausbau der grenzüberschreitenden Energienetze in der EU. Investitionen in Forschung und innovative Technologien sind ebenfalls notwendig.

Ursula von der Leyen und ihre Kommission konnten in der abgelaufenen Legislaturperiode lediglich erste Schritte auf dem Weg zum europäischen „Mann-auf-dem-Mond-Moment“ gehen. So wurden die letzten beiden Maßnahmen des Pakets „Fit für 55“, das auf die Zwischenziele für 2030 abzielt, erst im Oktober 2023 verabschiedet.

Vom Ergebnis der am 9. Juni stattfindenden Europawahl hängt es nun ab, ob und wie die EU den Weg zur Klimaneutralität weiterverfolgt – die Optionen reichen von einer intensiveren Umweltpolitik bis hin zum Stopp sämtlicher Klimaschutzmaßnahmen.

## Emissionen in der EU: Weit weg vom Green Deal

Treibhausgasemissionen der größten Emittenten in der Europäischen Union, 1990 = 100



Quellen: Internationale Energieagentur, Joint Research Centre  
© 2024 IW Medien / iwd

**Kommentar.** *Wie lässt sich in der EU die Transformation zu einer wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Wirtschaft bewerkstelligen? In dem auf den Green Deal ein Industry Deal folgt, sagt **Sandra Parthie**, Leiterin des Brüsseler IW-Büros und Vorsitzende des Fachausschusses Binnenmarkt des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses.*



Foto: EWSA



## „Auf den Green Deal muss ein Industry Deal folgen“

In mindestens acht strategischen Industriesektoren sind europäische Unternehmen international (noch) technologisch führend: Von erneuerbaren Energien (Wind, Solar, Photovoltaik) über Batterie- und Speichertechnologien bis hin zu Wärmepumpen, Elektrolyseuren und Stromnetzen sind europäische Hersteller weltweit Spitze.

Mit dem Green Deal hat die Europäische Kommission vor fünf Jahren einen gesetzgeberischen Rahmen geschaffen und begonnen, Investitionssignale im Bereich „Clean Tech“ zu setzen. Sie hat Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien vorgelegt, Energieeffizienzmaßnahmen unter anderem im Gebäudesektor definiert und das System des Emissionshandels auf weitere Industriebereiche jenseits des Energiesektors ausgeweitet.

So richtig diese Weichenstellung angesichts des Klimawandels und der notwendigen Transformation unserer Wirtschaft zu mehr Nachhaltigkeit ist, so schwierig stellt sie sich in der Umsetzung dar. Umfangreiche Investitionen in neue Maschinen, neue Stromtrassen, neue Verkehrsinfrastruktur, neue Ausbildungsinhalte und vieles weitere mehr sind erforderlich, treffen aber auf ungüns-

tige Rahmenbedingungen: Die Energiepreise für Unternehmen und Haushalte sind hoch, die Inflation macht Materialien und Arbeitskräfte teurer, geopolitische Spannungen haben negativen Einfluss auf bestehende Lieferketten und erschweren den Zugang zu kritischen Rohstoffen. Zudem beanspruchen sicherheits- und verteidigungspolitische Fragen sowie gezielte Desinformationskampagnen die Aufmerksamkeit der Politik.

Um die Transformation zu einer wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Wirtschaft zu bewerkstelligen, ist es daher jetzt notwendig, sich darauf zu konzentrieren, den geschaffenen Regulierungsrahmen umzusetzen und die europäische Wirtschaft zu unterstützen.

Das wird dann gelingen, wenn sich Politik und Wirtschaft auf die Stärken und die Stärkung der europäischen Industrie fokussieren und eine Investitionsoffensive starten, die nicht nur auf ohnehin schwer definierbare Schlüssel- oder Zukunftstechnologien gerichtet ist, sondern vor allem den grenzüberschreitenden Infrastrukturausbau und den europäischen Binnenmarkt fördert. Das wird nicht gelingen, wenn jeder Mitgliedsstaat seine

eigene nationale „Kirchturm“-Industriepolitik verfolgt und, statt europäische Regeln einheitlich umzusetzen, zusätzliche und unterschiedliche nationale Sonderregelungen erlässt.

Essenziell ist eine europäische Industriepolitik, die gemeinsame Ziele definiert, Investitionsanreize setzt, Fördermöglichkeiten schafft und von Synergien profitiert, um gegenüber amerikanischen und chinesischen Wettbewerbern bestehen zu können – insbesondere, wenn diese massiv staatlich subventioniert werden.

Zusätzlich braucht es einen funktionierenden EU-Binnenmarkt, über den auch kleine und mittelständische Unternehmen Skaleneffekte nutzen können, über den sie ihre Absatzmöglichkeiten erhöhen und auf dem einheitliche Regeln gelten, die auch gegenüber Drittstaaten mittels strikter Überwachung des Marktzugangs durchgesetzt werden. Denn nur so können europäische Unternehmen wachsen und damit den Wohlstand in der EU sichern.

Diese Zielsetzungen sollten die wirtschaftspolitische Agenda der EU in den nächsten Jahren definieren. Der Green Deal ist die Basis, auf der nun ein Industry Deal aufgesetzt werden muss.

# Eine Frage des Geldes



**Verteidigung.** Durch den Ukraine-Krieg ist das Verteidigungsbündnis NATO wieder in der öffentlichen Debatte gelandet – vor allem die Investitionen der Mitglieder in ihr Militär. Viele NATO-Staaten stellen zu wenig Mittel bereit. Auch Deutschland gehört seit Langem dazu.

Als ab 1989 sukzessive der Eiserner Vorhang fiel, profitierte davon keine Weltregion mehr als Europa. Immer mehr mittel- und osteuropäische Staaten lösten sich von kommunistischer Diktatur und Planwirtschaft, entschieden sich für Demokratie und Marktwirtschaft und wendeten sich politisch dem Westen zu. Viele von ihnen sind inzwischen EU-Mitglieder, einige weitere zählen zu den Beitrittskandidaten. Hinzu kommt:

**Nach dem Zerfall der Sowjetunion suchten nun unabhängige Staaten sicherheitspolitisch den**

**Schutz des transatlantischen Bündnisses NATO, darunter Estland, Lettland und Litauen.**

Das Ende der Sowjetunion markierte außerdem das Ende des Kalten Kriegs. Damit fiel die militärische Bedrohung weg, die in den Dekaden zuvor zu hohen Rüstungsausgaben sowie konventioneller und nuklearer Abschreckung geführt hatte.

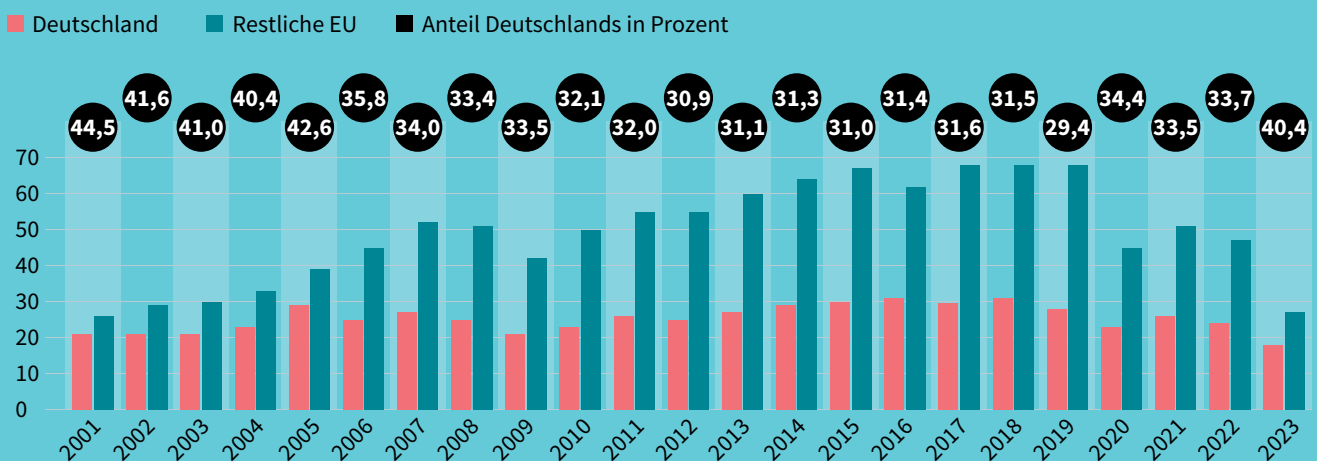
Allerdings lief dieser Prozess nicht gänzlich friedlich ab. So mündete die Auflösung Jugoslawiens in mehrere militärische Konflikte, unter anderem den Bosnien- sowie den Kroatien-

krieg, die 1995 endeten, sowie den Kosovo-Krieg, der 1999 zu Ende ging. Die Spannungen in der Region bestehen bis heute. Konflikte gibt es auch in Moldau, dessen Grenzregion sich unter dem Namen Transnistrien für unabhängig erklärt hat, aber nur von Russland anerkannt wird. Russische Minderheiten spielen ebenso in innenpolitischen Konflikten im Baltikum eine Rolle.

Lässt man diese Auseinandersetzungen beiseite, waren militärische Konflikte in den vergangenen Jahrzehnten aus Sicht der NATO stets

## Lücke im Verteidigungsetat: Deutschlands Anteil

So viele Milliarden Euro an Verteidigungsausgaben fehlten in der Europäischen Union, um das NATO-Ziel von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erreichen



Verteidigungsausgaben: in Preisen von 2022; inklusive EU-Staaten, die nicht in der NATO sind  
 Quellen: Stockholm International Peace Research Institute, Institut der deutschen Wirtschaft  
 © 2024 IW Medien / iwd







**Interview.** Der Ukraine-Krieg hat zu einem Umdenken in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik geführt. Wie gut die EU-Streitkräfte aufgestellt sind und warum die gemeinsame Beschaffung von Waffen und Munition vorteilhaft sein kann, erklärt **André Denk**, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA).



Foto: EDA

## „Wir müssen die Lücken in der europäischen Verteidigung gemeinsam schließen“

### Herr Denk, brauchen wir angesichts der akuten russischen Bedrohung eine europäische Armee?

Die Streitkräfte der NATO und der Europäischen Union bereiten sich aufgrund der Geschehnisse in der Ukraine auf ein Worst-Case-Szenario vor, um dieser sehr konkreten Bedrohung im äußersten Notfall auch begegnen zu können. Eine europäische Armee steht im Moment aus meiner Sicht nicht zur Diskussion, sondern es geht darum, die Streitkräfte der EU-Mitgliedsstaaten so zu stärken, dass sie gemeinsam – vor allem auch im Rahmen der NATO – eine Landes- und Bündnisverteidigung organisieren können, die abschreckt und im äußersten Notfall auch wirklich effektiv ist.

### Was braucht es dafür?

Es ändert sich derzeit sehr viel. So hat die EU erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Sicherheit und Verteidigung innerhalb der Mitgliedsstaaten zu stärken. Die Europäische Verteidigungsagentur

ist ein hervorragendes Beispiel, wie gemeinsame Projekte aufgesetzt und durchgeführt werden können. Ein anderes Beispiel ist die jüngst veröffentlichte European Defence Investment Strategy, die die europäische Rüstungsindustrie nachhaltig stärken soll.

### Welche Rolle spielt die EDA bei diesen Bemühungen?

Die Europäische Verteidigungsagentur ist eine kleine, aber agile Agentur mit rund 250 Beschäftigten, die in erster Linie die Mitgliedsstaaten dabei unterstützt, die Verteidigungsfähigkeit zu verbessern, Fähigkeitslücken zu identifizieren und zu priorisieren, um diese Lücken zu schließen. Wir bieten ein Kooperationsforum für die 27 Mitgliedsstaaten, bei dem die Staaten zusammenkommen können, um gemeinsame Projekte zu organisieren – von Forschungsvorhaben bis hin zur gemeinsamen Beschaffung.

Gesteuert werden wir in unserer Arbeit von den 27 Verteidigungs-

ministerien. Die jeweiligen Minister treffen sich zweimal im Jahr zum Lenkungsausschuss. Auch die Rüstungs-, Forschungs- und Planungsdirektoren der Verteidigungsministerien treffen sich hier in Brüssel zweimal im Jahr, um all diese Aufgaben zu koordinieren, zu harmonisieren und uns Aufträge zu geben, damit wir im Sinne der 27 Mitgliedsstaaten handeln.

### Können Sie dazu ein Beispiel nennen?

Wir haben einen Fähigkeitenentwicklungsplan mit 22 langfristigen Prioritäten etwa zu Transportfragen oder zu Cyberthemen definiert, der im vergangenen Jahr unter unserer Federführung mit den 27 Mitgliedsstaaten abgestimmt worden ist. Die jahrzehntelange Unterfinanzierung der europäischen Streitkräfte hat signifikante Spuren hinterlassen. Das lässt sich nicht so schnell auffangen. Ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro, wie es Deutschland nun für die Verteidigung zur



Verfügung gestellt hat, ist absolut notwendig. Es ist völlig richtig, jetzt kurzfristig Geld zu investieren, damit die Streitkräfte abschrecken und im Notfall kampfkraftig agieren können. Das gilt nicht nur für die Bundesrepublik, sondern für ganz Europa.

### **Wo bündeln Sie die EU-Verteidigungsaktivitäten noch?**

Ein anderes Beispiel ist der Coordinated Annual Review on Defence, der alle zwei Jahre die Verteidigungslandschaft in Europa analysiert und mögliche gemeinsame Projekte identifiziert. Derzeit schlagen wir den Mitgliedsstaaten diese potenziellen gemeinsamen Projekte vor. Dazu zählen unter anderem die Harmonisierung von technischen Spezifikationen oder die Zusammenfassung der Bedarfe aller teilnehmenden Mitgliedsstaaten, das heißt eine Art Sammelbestellung und letztlich – dort, wo es möglich und geboten ist – die gemeinsame Beschaffung.

**Gemeinsame Beschaffung findet ja schon statt: Sie haben im vergangenen Jahr 60 Rahmenverträge mit europäischen Rüstungsfirmen geschlossen mit dem Ziel, für 1 Milliarde Euro Artilleriemunition für die Ukraine zu beschaffen. Wie viel Munition wurde bislang eingekauft und an die Ukraine weitergeleitet?**

Wir haben bislang einen mittleren dreistelligen Millionenbetrag ausgegeben, rund 350 Millionen Euro. Dies ist jedoch nur ein Teil der Anstrengungen der EU. Insgesamt haben die Mitgliedsstaaten rund 600.000 Schuss an die Ukraine geliefert, bis Ende des Jahres werden es 1 Million Schuss sein. Bis zum Sommer wird die EU außerdem über ihre Ausbildungsmission 60.000 ukrainische Soldaten ausgebildet haben.

**Ziehen die EU-Staaten in puncto Verteidigung immer an einem Strang?**

Bei der gerade angesprochenen Munitionsbeschaffung für die Ukraine gab es eine breite politische Unterstützung der 27 Mitgliedsstaaten sowie Norwegens, das ja ein Assoziierungsabkommen mit der EU abgeschlossen hat. Alle diese Länder haben das entsprechende projektbegründende Dokument unterschrieben. Das ist unzweifelhaft ein Erfolg. Es gibt natürlich unterschiedliche nationale Positionen und übergeordnete politische Ambitionen, die berücksichtigt und austariert werden müssen.

### **Wie hat sich die Arbeit der Verteidigungsagentur seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs verändert?**

Das Thema Verteidigung hat in der Europäischen Union unzweifelhaft deutlich an Relevanz gewonnen. Auch unsere tägliche Arbeit hat sich verändert. Eine gemeinsame Munitionsbeschaffung wäre bis vor einem Jahr nicht denkbar gewesen. Als Nicht-Beschaffungsagentur mit der Beschaffung von Munition beauftragt zu werden – das zeigt schon einen sehr starken politischen Willen der EU, hier konkrete Ergebnisse zu erzielen.

**Was kosten die von Ihnen erarbeiteten Vorschläge einer gemeinsamen europäischen Verteidigung?**

In Zahlen beziffern kann man das nicht, weil es nicht nur um Hardware wie Munition oder Waffen geht, sondern auch um weitere Fähigkeiten – zum Beispiel in der Ausbildung. Am Ende des Tages wird aber natürlich Hardware entscheidend sein – und hier nicht nur die Qualität, sondern auch die Quantität. Wenn es gelingen sollte, die derzeitigen Lücken in der europäischen Verteidigung gemeinsam zu schließen, dann sind Abschreckung und Verteidigung wirkungsvoll. Darüber hinaus kann man sicherlich auch bessere Preise

erzielen und interoperabel werden. Zum Beispiel ist es auf jeden Fall besser, wenn wir nur wenige Kampfpanzertypen in den 27 Mitgliedsstaaten haben als eine große Bandbreite an verschiedenen Kampfpanzern. Wenn sich viele europäische Mitgliedsstaaten für ein Produkt entscheiden, ist das wirtschaftlicher, als wenn jeder seinem eigenen Vorhaben nachgeht.

### **Welche Auswirkungen wird die Europawahl auf die Europäische Verteidigungsagentur haben?**

Die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments spielt für die Agentur eine untergeordnete Rolle. Wird jedoch danach ein neuer Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik ernannt, ist das für die Agentur durchaus von Bedeutung, da er oder sie zugleich als „Head of the Agency“ auch mit der politischen Leitung der Agentur betraut sein wird.

**Falls es künftig einen EU-Verteidigungskommissar geben sollte, würde das Ihre Arbeit schon verändern, oder nicht?**

Das bleibt abzuwarten, denn es müsste ja zunächst einmal klar definiert werden, welche Aufgaben dieser Verteidigungskommissar hat und wie Verteidigung und Sicherheit künftig in der EU organisiert werden sollen.

**Die Verteidigungsagentur könnte in einem Kommissariat für Verteidigung aufgehen ...**

Letztlich ist das eine Entscheidung der Mitgliedsstaaten. Dieser Schritt würde aber eine Änderung des EU-Vertrags verlangen, in dem die Europäische Verteidigungsagentur ja mit einem intergovernmentalen Charakter verankert ist. Der Mehrwert der Agentur besteht darin, die EU-Mitgliedsstaaten zu unterstützen, hier in Brüssel zu vertreten und ein Kooperationsforum für diese 27 Staaten zu sein – und da sehen wir uns als EDA auch in der Zukunft.

# Jung und politisch



**Wahlrecht.** *Erstmals dürfen zur diesjährigen Europawahl auch 16- und 17-Jährige in Deutschland ihre Stimme abgeben. Verglichen mit der Gesamtbevölkerung in der EU bewerten junge Menschen die Europäische Union im Durchschnitt positiver – und auch hinsichtlich der politischen Agenda zeigen sich unterschiedliche Prioritäten.*

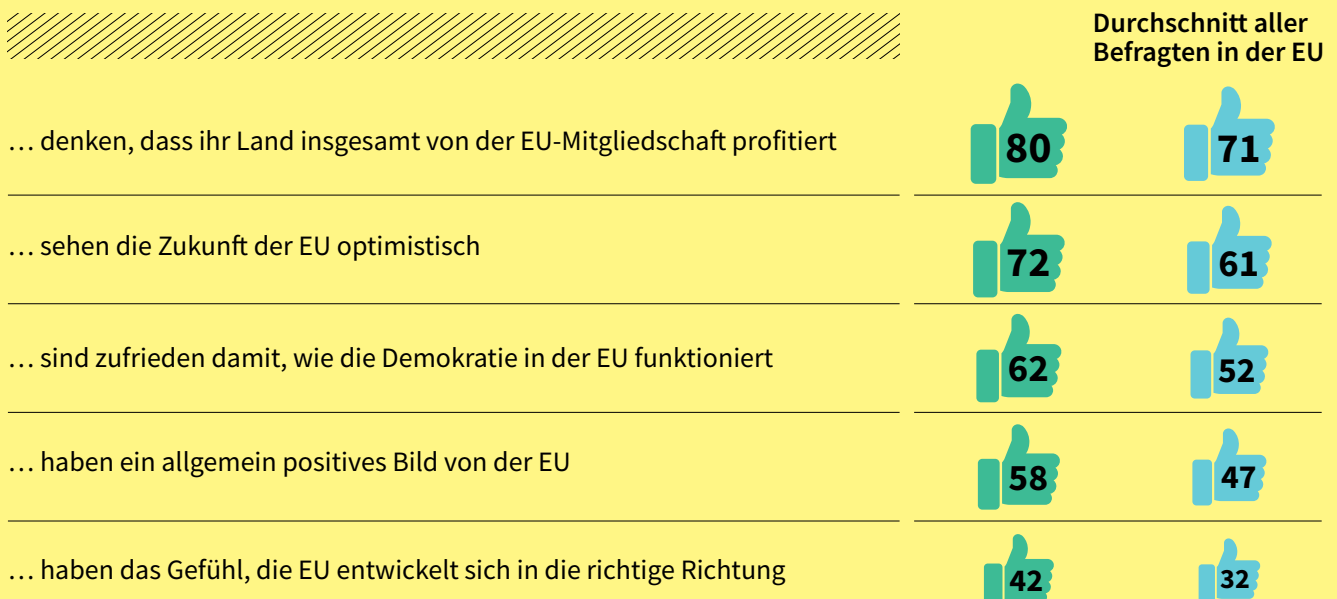
Zu jung, um allein Auto zu fahren, alt genug, um Bier zu kaufen – und erstmalig alt genug, um die Mitglieder des Europäischen Parlaments zu wählen: In Deutschland dürfen bei der diesjährigen Europawahl auch 16- und 17-Jährige ihre Stimme abgeben, bislang lag das Mindestwahlalter in der Bundesrepublik bei 18 Jahren.

Während die Europawahl somit für viele junge Menschen in Deutschland die erste Wahl ihres Lebens ist, könnten einige schon einmal den Gang zur Urne angetreten haben. Denn bei innerdeutschen Wahlen entscheidet jedes Bundesland selbst, ab welchem Alter gewählt werden darf. Bei Kommunalwahlen etwa dürfen 16-Jährige bereits in der

knappen Mehrheit der Länder ihre Stimme abgeben. Mit Berlin, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein sowie den Vorreitern Bremen, Hamburg und Brandenburg gilt das in mittlerweile sieben Bundesländern auch für Landtagswahlen. Das Wahlalter für Bundestagswahlen liegt allerdings nach wie vor bei 18 Jahren.

## Junge Menschen bewerten EU positiver

So viel Prozent der 15- bis 24-Jährigen in der EU ...



Nach Bevölkerungsgröße der Länder gewichtete Befragung von 26.411 Menschen in allen EU-Staaten vom 7. Februar bis zum 3. März 2024

Quelle: Eurobarometer  
© 2024 Iw Medien / iwd

Bei der bevorstehenden Europawahl haben unter 18-Jährige in lediglich vier weiteren Ländern das Privileg, schon wählen zu dürfen: in Griechenland zumindest die 17-Jährigen, in Österreich, Malta und Belgien auch die 16-Jährigen. Anfang Juni haben damit EU-weit rund zwei Millionen Menschen unter 18 Jahren das Recht, ihre Stimme abzugeben.

Das heißt aber auch: Gut sieben Millionen 16- und 17-Jährige in der EU dürfen dies nicht. Organisationen wie das European Youth Forum, die Plattform der nationalen Jugendvertretungen in Europa, kritisieren diese nationale Diskrepanz als willkürlich und fordern ein europaweites Wahlrecht für junge Menschen – schließlich solle dieses Recht nicht allein davon abhängen, in welchem Mitgliedsstaat jemand lebt. Das EU-Parlament empfahl bereits im Mai 2022 in einer Entschließung zum Wahlsystem, das Wahlalter in ganz Europa auf 16 Jahre zu senken.

Doch wie stehen die jungen Europäer überhaupt zur Institution EU? Antworten liefert das Eurobarometer – eine regelmäßige Befragung von Einwohnern aller EU-Staaten im Auftrag der Europäischen Kommission. In der jüngsten Erhebung aus dem Frühjahr 2024 zeigt sich, dass die Jüngeren dem Staatenverbund vergleichsweise wohlgesonnen sind (Grafik Seite 10):

**80 Prozent der 15- bis 24-Jährigen in der EU sind der Ansicht, dass ihr Land insgesamt von der EU-Mitgliedschaft profitiert; im EU-Durchschnitt sind es 9 Prozentpunkte weniger.**

Mit der Lage der Demokratie in der EU sind rund sechs von zehn jungen Europäern zufrieden. Auch sie betrachten allerdings mit Sorgen den Weg, den die EU aktuell einschlägt: Nur vier von zehn haben das Gefühl, die EU entwickle sich in die richtige Richtung.

## „Unsere Generation will viel verändern“



Foto: Privat

**Interview.** *Isabelle Walter ist Schülerin in Hamburg und Praktikantin im Brüsseler Büro des IW. Bei der Europawahl darf die 17-Jährige zum ersten Mal wählen.*

### **Werden Sie am 9. Juni wählen gehen?**

Natürlich. Ich finde, das Wahlrecht ab 16 Jahren bringt für Menschen in meinem Alter eine gewisse Verantwortung mit sich. Unsere Generation will viel verändern – jetzt sollten wir für unsere Überzeugungen eintreten und wählen gehen.

### **Welche politischen Themen sind Ihnen wichtig?**

Ein Grund dafür könnte sein, dass die jüngere Generation andere politische Themen für zentral erachtet als der Gesamtbevölkerungsschnitt: Auf die Frage nach den wichtigsten Aufgaben der EU liegt bei den 15- bis 24-Jährigen der Kampf gegen den Klimawandel auf Platz eins. Ein Drittel in dieser Altersgruppe – so zum Beispiel auch die IW-Praktikantin und Erstwählerin Isabelle Walter (siehe Interview) – wünscht sich, dass die EU dieses Thema mit höchster Priorität behan-

delt. Ganz zentral ist der Umwelt- und Klimaschutz, einfach aufgrund der riesigen Relevanz für unsere Zukunft. Aber auch der Bereich Digitalisierung und künstliche Intelligenz ist mir wichtig. Besonders bezüglich KI muss sich etwas tun – an den Schulen gibt es weder einheitliche Regelungen, in welchem Rahmen der Einsatz von KI erlaubt ist, noch Konzepte, die zeigen, wie sie im Unterricht helfen kann.

### **Fühlen Sie sich hinreichend über die anstehende Europawahl informiert?**

Nicht wirklich. Ich habe das Gefühl, dass viele Leute in meinem Alter gar nicht wissen, dass sie wählen dürfen. Die meisten informieren sich nicht über die klassischen Nachrichten, sondern eher über die sozialen Medien oder den persönlichen Kontakt. Es wäre gut, wenn uns die Schulen über unser Wahlrecht aufklären würden und wir im Unterricht lernen, wofür die verschiedenen Parteien stehen. Das vermisste ich bislang.

Im Durchschnitt aller EU-Bürger gilt das nur für rund ein Viertel.

Ähnlich groß sind die Unterschiede hinsichtlich der Themen humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe, der Förderung von Gleichberechtigung, Inklusion und Vielfalt sowie der Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft – diese drei Bereiche sehen die jungen Menschen als wichtiger an als der Durchschnitt. Umgekehrt bewerten junge Europäer die Verteidigungs- und die Agrarpolitik als weniger dringlich.

# Größer geht nur anders



**EU-Erweiterung.** Acht Länder stehen derzeit auf der Kandidatenliste für einen Beitritt zur Europäischen Union. Eine solche Erweiterung hätte erhebliche Auswirkungen auf die Größe, Zusammensetzung und Entscheidungsprozesse der EU-Organe. Damit eine noch größere EU handlungsfähig bleiben kann, sind Reformen unumgänglich.

35 statt 27 – so viele Mitgliedsstaaten hätte die Europäische Union, wenn alle aktuell zur Debatte stehenden Kandidaten aufgenommen würden. Mit vier Ländern – Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien – verhandelt Brüssel bereits über einen Beitritt, Gespräche mit der Ukraine und der Republik Moldau sind beschlossen. Bosnien und Herzegowina sowie Georgien haben zumindest den Status eines Beitrittskandidaten. Die Türkei ist zwar ebenfalls und schon lange offiziell ein Beitrittskandidat – tatsächlich sind die Verhandlungen aber bereits seit einigen Jahren eingefroren.

Unklar ist, wann eine Erweiterungsrunde der EU beginnen könnte: Die wirtschaftliche Schwäche der acht infrage kommenden Kandidaten spricht gegen eine schnelle Aufnahme, geostrategische Überlegungen sind allerdings ein Argument dafür.

In jedem Fall hätte der Beitritt der acht Länder spürbare Konsequenzen für die großen EU-Institutionen. Im Einzelnen:

**EU-Kommission.** Weil die Mitgliedsstaaten wohl nicht bereit wären, auf das Prinzip „ein Kommissionsmitglied je Land“ zu verzichten – schließlich gilt die Kommission als Motor der Integration –, müsste das

künftig bis zu 35-köpfige Gremium noch stärker hierarchisiert werden als bisher. So könnten die Vizepräsidenten noch mehr Kompetenzen bündeln, damit die Kommission weiterhin effizient arbeiten kann.

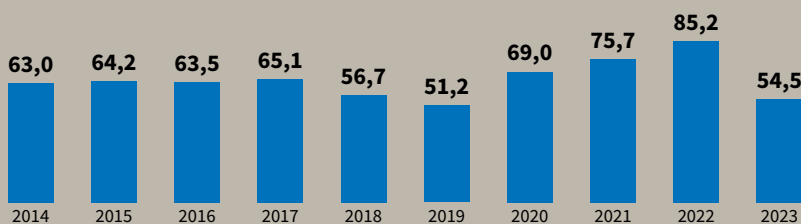
**Europäisches Parlament.** Laut EU-Vertrag darf das Parlament maximal 751 Abgeordnete umfassen. Zwar wird die Entscheidung darüber, welches Land wie viele Sitze erhält, immer auch politisch ausgehandelt, grundsätzlich kommt aber die Methode der degressiven Proportionalität zum Tragen: Je größer die Bevölkerung eines Landes ist, desto mehr Abgeordnete darf es entsenden. Bevölkerungärmere Staaten erhalten allerdings mehr Sitze je Einwohner, sodass Malta sechs und Deutschland 96 Sitze zustehen. Ein Abgeordneter Maltas vertritt damit 87.000 Landsleute, ein Parlamentarier aus Deutschland dagegen rund 876.000.

In einer um acht Länder erweiterten EU würden die Karten neu gemischt: Der Ukraine stünden mit 48 die meisten Sitze der neuen Staaten zu, Serbien könnte 14 Abgeordnete entsenden. Die bisherigen Mitgliedsstaaten müssten abspecken:

**Deutschland und Frankreich beispielsweise könnten je fünf ihrer derzeit 96 beziehungsweise**

## Rat der EU: Oft ist man sich einig

So viel Prozent der Beschlüsse, für die eine qualifizierte Mehrheit erforderlich war, wurden im Ministerrat der Europäischen Union einstimmig gefasst



2023: erstes Halbjahr; qualifizierte Mehrheit: erfordert die Zustimmung von 55 Prozent der Stimmen der Ratsmitglieder (sprich: der Mitgliedsstaaten), die wiederum 65 Prozent der Bevölkerung in der EU repräsentieren müssen

Quellen: Ondarza/Rehbaum (2023), Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2024 IW Medien / iwd

**81 Sitze im Parlament verlieren, viele der kleineren Länder müssten zwei oder drei Sitze abgeben.**

Es bleibt abzuwarten, ob damit der Druck stiege, das Parlament über seine bisherige Maximalgröße von 751 Sitzen hinaus aufzublähen.

**Rat der EU.** Dieses Gremium setzt sich aus je einem Vertreter der Mitgliedsstaaten zusammen. Insgesamt gibt es zehn unterschiedliche Ratsformationen – je nach Politikbereich.

In etwa 80 Prozent der Fälle trifft der Rat Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit. Das heißt, ein Beschluss ist gefasst, wenn 55 Prozent der Mitgliedsstaaten – also der Ratsmitglieder – zustimmen, die 65 Prozent der EU-Bevölkerung ausmachen.

In einer auf 35 Staaten gewachsenen EU könnte sich die politische Ausrichtung des Rats verschieben. So ist ein großer Teil der bisherigen EU-Länder wirtschaftlich freier als die meisten EU-Anwärter (Grafik):

**Im Index für wirtschaftliche Freiheit der Heritage Foundation sind allein 11 EU-Mitgliedsstaaten unter den Top-20 gelistet – von den acht Beitrittskandidaten finden sich sechs auf den Rängen ab 60.**

Demzufolge könnten etwa Beschlüsse, die das Unternehmertum und die Marktwirtschaft fördern, künftig öfter im Rat blockiert oder abgeschwächt werden.

Besonders schwierig dürfte die Beschlussfassung künftig dort werden, wo Einstimmigkeit gefordert ist – wie in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik oder der Steuerpolitik. Es gab schon Bestrebungen, in diesen Bereichen zu Mehrheitsentscheidungen überzugehen – das blieb jedoch aufgrund des Widerstands einiger Regierungen bisher erfolglos.

Dabei ist sich der Rat erfahrungsgemäß oft auch bei Entscheidungen

einig, wo das gar nicht zwingend nötig wäre (Grafik Seite 12):

**In den vergangenen zehn Jahren fasste der Rat der EU im Schnitt etwa 65 Prozent seiner Beschlüsse, für die eine qualifizierte Mehrheit erforderlich war, einstimmig.**

Um künftig flexibel auf sich verändernde Sicherheitslagen reagieren zu können und nicht von einzelnen Staaten erpressbar zu sein oder um in der Steuer- und Finanzpolitik reformfähig zu bleiben, ist der Übergang zu Mehrheitsentscheidungen dennoch notwendig.

Zudem darf laut EU-Recht die Aufnahme neuer Mitglieder die Integrationskraft der Gemeinschaft und ihre Handlungsfähigkeit nicht schwächen. Genau dies wäre aber bei einer Erweiterung ohne eine Reform der Entscheidungsprozesse der Fall. Einen schnellen Beitritt der Ukraine zu fordern und sich zugleich verstärkten Mehrheitsentscheidungen zu widersetzen, wie dies einige nord-, mittel- und osteuropäische Länder tun, ist also nur schwer mit EU-Prinzipien vereinbar.

Eine Option, Mitgliedsstaaten für das Abrücken vom Einstimmigkeitsprinzip zu gewinnen, wäre die Anwendung der „verstärkten qualifizierten Mehrheit“, bei der 72 Prozent der Mitgliedsstaaten zustimmen müssen, die zusammen 65 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren. Zusätzlich ließe sich eine Notbremse einführen – falls eine festzulegende Zahl von Mitgliedsländern der Ansicht ist, ein mit Mehrheit gefasster Beschluss würde ihre „vitalen Interessen“ berühren, müsste dieser noch einmal dem Rat der Staats- und Regierungschefs vorgelegt werden.

**IW-Report 15/2024**

Berthold Busch, Julian Sommer, Samina Sultan:  
Institutionelle Folgen einer EU-Erweiterung  
[iwkoeln.de/eu-beitritte](http://iwkoeln.de/eu-beitritte)

**Wirtschaftliche Freiheit: EU-Beitrittskandidaten haben Nachholbedarf**

*Der Index für wirtschaftliche Freiheit beruht auf zwölf Faktoren in vier Kategorien (Rechtsstaatlichkeit, Regierungsgröße, regulatorische Effizienz und Marktoffenheit). Die Bewertung erfolgt auf einer Skala von 0 bis 100 – je höher der Wert, desto größer der Freiheitsgrad.*

Von 184 bewerteten Ländern erreichen die ... im Jahr 2024 diesen Indexwert

- ... EU-Länder
- ... Beitrittskandidaten

Rang		
3	Irland	82,6
5	Luxemburg	79,2
7	Estland	77,8
8	Dänemark	77,8
9	Schweden	77,5
11	Niederlande	77,3
12	Finnland	76,3
15	Litauen	72,9
17	Zypern	72,2
18	Deutschland	72,1
20	Lettland	71,5
24	Tschechien	70,2
29	Portugal	68,7
31	Bulgarien	68,5
32	Georgien	68,4
33	Österreich	68,4
34	Slowakei	68,1
40	Kroatien	67,2
42	Polen	66,0
43	Slowenien	65,9
46	Belgien	65,6
49	Albanien	64,8
50	Malta	64,5
51	Rumänien	64,4
55	Spanien	63,3
60	Serbien	62,7
61	Frankreich	62,5
68	Bosnien und Herzegowina	62,0
71	Nordmazedonien	61,4
72	Ungarn	61,2
81	Italien	60,1
83	Montenegro	59,7
99	Moldau	57,1
113	Griechenland	55,1
127	Ukraine	56,2

Ukraine: Rang und Indexwert für 2021

Quelle: Heritage Foundation  
© 2024 IW Medien / iwd



# Europas Flickenteppich



**Wahlbeteiligung.** Europawahlen werden stark von den nationalen und regionalen Unterschieden der 27 EU-Mitgliedsstaaten geprägt. Je nach Land wird etwa das Thema Migration unterschiedlich in der politischen Diskussion behandelt. Solche länderspezifischen Faktoren oder die Popularität der jeweiligen Regierungen beeinflussen das Wahlverhalten bei jeder Europawahl aufs Neue.

Jede Stimme zählt – auch bei der Europawahl, die in diesem Frühsommer wieder stattfindet. Wissenschaftler klassifizieren die Europawahl allerdings als eine Wahl zweiter Ordnung, für die vielerorts ein geringeres Interesse besteht als für nationale Wahlen. Die Wahlbeteiligung wird zusätzlich durch die jeweilige politische Kultur, die in den einzelnen Ländern gerade diskutierten Themen und die unterschiedlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den 27 EU-Mitgliedsstaaten beeinflusst.

Vergleicht man die postsowjetischen Mitgliedsstaaten in Mittel- und Osteuropa, die in den vergangenen 20 Jahren der EU beigetreten sind, mit den EU-Mitgliedern aus Nord-, Süd- und Westeuropa, zeigt sich ein klares Gefälle: Die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2019 war in den älteren Mitgliedsstaaten im Mittel deutlich höher als in den jüngeren (Grafik):

**Im Schnitt gaben 2019 in den Regionen der nord-, süd- und westeuropäischen Mitgliedsstaaten fast 57 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab, in den mittel- und südeuropäischen Ländern fiel die Wahlbeteiligung mit knapp 41 Prozent deutlich niedriger aus.**

Darüber hinaus zeigen die Daten aber auch einen positiven Zusammenhang zwischen der Bevölkerungsdichte und dem Wahlverhalten: Je mehr Menschen in einer Region leben, umso mehr Wahlberechtigte nehmen an einer Wahl teil.

Hinzu kommt: In den dicht besiedelten europäischen Hauptstadtreionen befinden sich viele Unternehmenszentralen und wissenschaftliche Einrichtungen. Die dort vorherrschenden Einstellungen und Werte sind liberaler als in den traditionell konservativeren ländlichen Regionen. Gerade in Osteuropa, wo die Hauptstädte teilweise mehr als dreimal so wirtschaftsstarke sind wie der ländliche Raum, gingen in den Metropolen 2019 überdurchschnittlich viele Menschen zur Wahl.

Ein Beispiel: In der polnischen Hauptstadt Warschau hat sich seit Polens erster Europawahl-Teilnahme 2004 die Wahlbeteiligung von 30 auf zuletzt 60 Prozent verdoppelt. In den anderen Regionen Polens gaben 2019 teils nicht mal 40 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Zudem verzeichnete Warschau als einzige Region in Mittel- und Osteuropa eine höhere Wahlbeteiligung als der Schnitt der alten EU-Länder.

Schlusslichter in puncto Wahlbeteiligung in Mittel- und Osteuropa

waren einige ländliche Regionen der Slowakei. Dort lag sie im Jahr 2019 nur zwischen 10 und 20 Prozent. In Nord-, Süd- und Westeuropa verzeichneten 2019 vor allem portugiesische Regionen wie die Algarve die geringste Wahlbeteiligung. Dort stimmten nur 25 bis 35 Prozent der Wahlberechtigten über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments ab.

Europaweit am höchsten war der Stimmenanteil 2019 mit fast 85 Prozent in einigen Regionen Belgiens und Luxemburgs. Allerdings besteht in diesen Mitgliedsstaaten – wie auch in Bulgarien und Griechenland – Wahlpflicht. Zudem fanden 2019 in Belgien zeitgleich zur Europawahl nationale Wahlen statt – auch das führte dazu, dass mehr Menschen abstimmten.

Grundsätzlich beeinflusst die (Un-)Zufriedenheit mit dem politischen System das Wahlverhalten maßgeblich: Sind Menschen gefrustet, gehen sie entweder gar nicht zur Wahl oder sie wählen extreme Parteien, die sich oft auch europafeindlich geben:

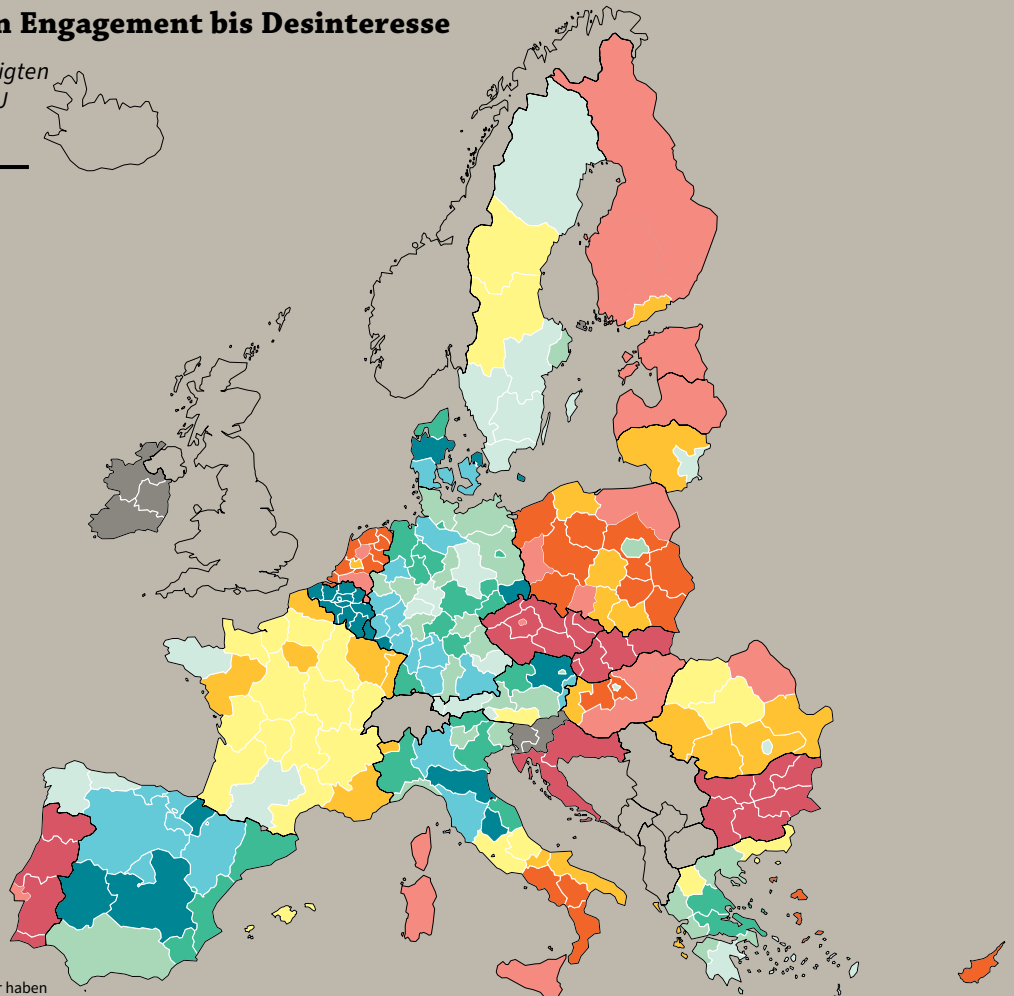
**Bei der Europawahl im Jahr 2019 wurde im Schnitt aller Regionen in der EU mehr als jede fünfte Stimme für eine euroskeptische Partei abgegeben.**



## Europawahl 2019: Von Engagement bis Desinteresse

So viel Prozent der Wahlberechtigten haben in diesen Regionen der EU ihre Stimme abgegeben

- 19.6 - 33.2
- 33.2 - 40.9
- 40.9 - 45.4
- 45.4 - 49.3
- 49.3 - 52.1
- 52.1 - 55.3
- 55.3 - 59.8
- 59.8 - 62.1
- 62.1 - 65.0
- 65.0 - 86.4
- keine Daten verfügbar



Regionen: sogenannte NUTS-2-Regionen, die zwischen 800.000 und 3 Millionen Einwohner haben

Quellen: European NUTS-Level Election Database, Institut der deutschen Wirtschaft © 2024 IW Medien / iwd



In Zeiten der EU-Staatsschuldenkrise waren es vor allem linke Parteien in Südeuropa, die vom Unmut der Wähler über den von der EU auferlegten Sparkurs profitierten. Inzwischen finden sich euroskeptische Parteien zunehmend im rechten politischen Spektrum. Die größten Stimmenzuwächse für die europakritischen Parteien gab es 2019 in Griechenland, Italien, Polen und Ungarn.

In Deutschland zeigt sich die zunehmende Euroskepsis insbeson-

dere in Ostdeutschland – eine Ausnahme bildet Berlin – am Erstarren der AfD. Sie konnte ihre Ergebnisse stark steigern: Bei der Europawahl 2019 stimmten beispielsweise im Regierungsbezirk Dresden bereits 28 Prozent der Wahlberechtigten für diese Partei.

Stimmenzuwächse konnten euroskeptische Parteien insbesondere in Regionen mit höheren Arbeitslosenquoten und einer großen Gruppe von Nichtwählern gewinnen.

Am wenigsten Zustimmung erzielten sie dagegen europaweit in den Hauptstädten.

Das zunehmende politische Auseinanderdriften der städtischen und ländlichen Regionen sowie die Bedeutung des Themas Migration können als Vorzeichen für die diesjährige Europawahl gesehen werden: Vieles deutet darauf hin, dass euroskeptische Parteien des rechten Lagers einen weiteren Stimmenzuwachs erzielen werden.

### Impressum

**Herausgeber:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland  
**Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Sarah Neu, Kerstin Schraff, Alexander Weber  
**Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,99/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ensnberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datenschutz-iwd@iwmedien.de · **In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.**



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post

Zahl der Woche



der gut 200 Millionen Menschen, die in der EU zur Erwerbsbevölkerung zählen – also erwerbstätig oder arbeitslos gemeldet sind –, haben im Jahr 2022 von ihrem Recht der Arbeitnehmerfreizügigkeit Gebrauch gemacht, so viele wie noch nie seit Beginn der Erhebung vor 20 Jahren. Anders ausgedrückt: 3,4 Prozent der EU-Erwerbsbevölkerung arbeiteten zuletzt nicht in ihrem Heimatland, sondern in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist Teil der Personenverkehrsfreiheit. Zusammen mit dem freien Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr innerhalb des europäischen Binnenmarktes sind dies die vier Grundfreiheiten der EU.

Ob sich jemand zur Arbeitsmigration entschließt, hängt neben der Lage am heimischen Arbeitsmarkt auch entscheidend vom Arbeitsangebot im Zielland ab. Dank der guten wirtschaftlichen Situation in den vergangenen Jahren zieht vor allem Deutschland viele Arbeitskräfte an: 2,8 Millionen EU-Ausländerinnen und -Ausländer waren 2022 in Deutschland erwerbstätig. In Spanien (0,8 Millionen), Italien (0,7 Millionen) und Frankreich (0,6 Millionen) sind ebenfalls viele Arbeitskräfte aus anderen europäischen Staaten tätig.

## Top-Liste: Zahlen, singen, siegen

Schon am 11. Mai haben die Menschen in Europa die Wahl – sie entscheiden darüber, wer den Eurovision Song Contest (ESC) im schwedischen Malmö gewinnt. Seit dem Start im Jahr 1956 ist der Wettbewerb enorm gewachsen: von sieben Teilnehmern auf bis zu 43. Diese Zahl wurde allerdings zuletzt 2018 erreicht, in diesem Jahr sind nur 37 Länder dabei. Der Rückgang hat auch finanzielle Gründe: Zwar muss in kleinen Ländern die jeweils zuständige Sendeanstalt viel geringere Teilnahmegebühren aufbringen müssen als etwa die ARD – 2023 zahlte Deutschland 473.000 Euro für die ESC-Teilnahme –, dennoch waren finanziell klammen Staaten wie Montenegro oder Nordmazedonien die Kosten für das Event zuletzt wohl zu hoch. Für die gastgebende TV-Anstalt ist der Aufwand besonders groß – trotz Sockelfinanzierung durch die European Broadcasting Union kostete das Spektakel den austragenden Sender in den vergangenen Jahren zwischen 10 und 20 Millionen Euro.

### Eurovision Song Contest: Die erfolgreichsten Länder

Zahl der Platzierungen seit der ersten Austragung des Wettbewerbs im Jahr 1956

	1. Platz	2. Platz	3. Platz
1 Irland	7	4	1
2 Schweden	7	1	6
3 Vereinigtes Königreich	5	16	3
4 Frankreich	5	5	7
5 Niederlande	5	1	1
6 Luxemburg	5	0	2
7 Israel	4	2	2
...			
<b>12 Deutschland</b>	<b>2</b>	<b>4</b>	<b>5</b>

Quelle: eurovision.de  
© 2024 IW Medien / iwd